

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Petra Crone, Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Willi Brase, Martin Burkert, Elvira Drobinski-Weiß, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Gabriele Groneberg, Hans-Joachim Hacker, Gustav Herzog, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Kerstin Tack, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Sachstand und Perspektiven für den Holzbau im privaten Sektor

Holz als klimaneutraler Roh- und Werkstoff hat ökologische und technische Vorteile. Holz leistet einen erheblichen Beitrag, klimaschädliches CO₂ langfristig stofflich zu binden. Am besten und langfristigen ist diese Bindung in Form von Holzbauteilen zu erreichen. Hinzu kommt, dass Wohnhäuser in Holzbauweise erheblich weniger Energie verbrauchen. Im Zuge der Charta für Holz versucht die Bundesregierung, den Pro-Kopf-Verbrauch an Holz und Holzprodukten zu steigern und fördert z. B. ausgewählte Holzbauprojekte im öffentlichen Bereich. Statistiken zeigen jedoch, dass die Bemühungen noch nicht in den Privatbausektor übergegriffen haben. Die Anzahl der genehmigten Wohngebäude in Holzbauweise ist seit einigen Jahren rückläufig. Darüber hinaus zeigen sich regionale Unterschiede, die es zu hinterfragen gilt. Offensichtlich existieren gesetzliche Hemmnisse und Imageprobleme bei der Verwendung von Holz im privaten Baubereich. Auch hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung und -versorgung in den nächsten Jahren sind noch viele Fragen offen. Die Anzahl der Auszubildenden im Zimmerei- und Holzbaubereich nimmt von Jahr zu Jahr ab. Einem der traditionsreichsten Berufe des Bauhauptgewerkes droht der Fachkräftemangel.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuelle Holzbauquote gemessen am gesamten Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland, und wie stellt sich diese aufgeschlüsselt nach Bundesländern dar?
2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote im privaten Wohnungsbausektor (bitte jeweils in Neubau und Sanierung unterteilen)?
3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote im privaten Nichtwohnungsbausektor (bitte jeweils in Neubau und Sanierung unterteilen)?
4. Welche Tendenzen sieht die Bundesregierung bezüglich der Antworten zu den Fragen 1 bis 3?
5. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Holzbauquote in den Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland (Österreich, Schweiz, Frankreich, Dänemark, Schweden und Polen), und wie erklärt sich die Bundesregierung eventuelle Differenzen?

6. Welche Handlungsempfehlungen gibt die Bundesregierung an Architekten, Planer, Bauherren und Gewerken, die dazu beitragen, eine umweltfreundliche Entwicklung in der Baubranche zu fördern?
7. Inwiefern spielt der Holzbau im privaten Sektor für die Bundesregierung eine Rolle bei der Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung?
8. Wie erklärt sich die Bundesregierung eventuelle Unterschiede in den Holzbauquoten der Bundesländer?
Wo liegen ihrer Meinung nach die Ursachen?
9. Strebt die Bundesregierung an, die Holzbauquote überregional zu erhöhen, und wenn ja, bitte erläutern und die Maßnahmen beschreiben?
Wenn nein, warum nicht?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung das Image von Holz bei der Errichtung von Wohnhäusern?
Sieht die Bundesregierung hier Verbesserungspotential, und wenn ja, bitte erläutern?
Wenn nein, warum nicht?
11. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, den Holzbau konkret zu fördern (bitte die einzelnen Maßnahmen nach a) öffentlichen Bauten und b) im privaten Bausektor auflisten)?
12. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Erfolge dahingehend, dass die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen im öffentlichen Baubereich zu einer Steigerung des Holzbaus im privaten Bausektor geführt haben (bitte nach Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden unterscheiden)?
13. Welches Potential sieht die Bundesregierung bei der Errichtung von Wohnhäusern in Holzbauweise, sowohl für den ländlichen Raum als auch für den städtischen Bereich?
14. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die ökologische Vorteilhaftigkeit von Holzbauprodukten einer breiten Masse von Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, und wie sehen die Maßnahmen im Einzelnen aus?
15. Auf welche Weise vermittelt die Bundesregierung die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Studien zur Vorteilhaftigkeit von Holzbauprodukten, z. B. die Studie „Ökobilanzbasisdaten für Bauprodukte aus Holz“ des Thünen-Instituts Braunschweig an Bürgerinnen und Bürger?
16. Mit welchen anderen Staaten arbeitet die Bundesregierung im Bereich Holzbau zusammen, und existieren konkrete „Holzbau-Partnerschaften“ zu anderen Ländern?
17. Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen in Bund und nach Kenntnis der Bundesregierung in den Ländern fördern oder reglementieren den Holzbau?
18. Auf welche Weise subventioniert die Bundesregierung andere Baustoffe?
Welche sind das, und in welcher Höhe werden sie subventioniert?
19. Gibt es von Seiten der Bundesregierung konkrete Maßnahmen und Publikationen, die den Baustoff Holz als Alternative zu den anderen Baustoffen darstellen?

20. Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnis über die Substitutionseffekte durch die Verwendung von Holz als Baustoff
 - a) hinsichtlich der Bindung von CO₂ aus der Atmosphäre und
 - b) hinsichtlich der Einsparungen bei der Herstellung von Holzbauprodukten?
21. Welche Anpassungen der brandschutzrechtlichen Vorschriften in den Ländern hat es nach Kenntnis der Bundesregierung gegeben, die das mehrgeschos-sige Bauen ermöglichen sollen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10667)?

Existieren nach Kenntnis der Bundesregierung über die Brandschutzvor-schriften hinaus noch weitere gesetzliche Hemmnisse, die das mehrgeschos-sige Bauen in Holzbauweise beschränken?
22. Welche Erfolge bzw. positiven Wirkungen konnten durch die Anpassung der brandschutztechnischen Vorschriften im Holzbau bereits erzielt werden?
23. Existiert mittlerweile die freiwillige Rahmenvereinbarung der Forst- und Holzwirtschaft für die Rohholzsortierung, auf die die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/10667 verweist, und wenn ja, wie ist sie ausge-staltet und welche positiven Auswirkungen auf den Holzmarkt verspricht sich die Bundesregierung davon?
24. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, übergeordnete Gebäudezertifizierungen für die Nachhaltigkeit von Bauwerken nach EN 15804 verpflichtend zu etablieren?

Welche Rolle soll dabei nach Ansicht der Bundesregierung der Holzbau spielen?
25. Inwiefern stellt der Holzbau im städtischen Bereich für die Bundesregierung eine Lösung dar, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen, z. B. durch die Aufstockung im Bestand?

Gibt es hier noch gesetzliche Hindernisse, und wenn ja, welche?
26. Inwiefern kann der Holzbau im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gefördert werden?
27. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung unternehmen, um die pro-gnostizierte Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an Rohholz, speziell Nadelholz, zu schließen?
28. Werden sich nach Auffassung der Bundesregierung die Importanteile an Rohholz und Halbfertigwaren in Zukunft erhöhen, und wenn ja, in welchem Maße und aus welchen Ländern kann der Rohstoff bezogen werden?

Wenn nein, warum nicht?
29. Mit welchen Auswirkungen auf den Holzbau rechnet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des in der Waldstrategie 2020 angestrebten verstärkten Anbaus von Laubbäumen?
30. Wie schätzt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die zukünftige Bestandsstruktur von Sägewerken, im speziellen Nadelholzsägewerken, ein?
31. Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Auswirkungen auf Holzbaubetriebe, und wenn ja, welche?
32. Werden durch die Bundesregierung Forschungsaufträge vergeben, welche die Verwendung von Laubholz im Holzbaubereich voranbringen, und wenn ja, welche?

Welche Lösungsansätze sind für die Bundesregierung bis dato besonders vielversprechend?

33. Wie beurteilt die Bundesregierung die Betriebsstruktur der Zimmerei- und Holzbaubetriebe, die vorwiegend aus Kleinstbetrieben besteht?
Welche Chancen und Risiken leitet die Bundesregierung daraus ab?
34. Welche Förderungen von Seiten der Bundesregierung existieren, um auch den Kleinstbetrieben im Zimmerei- und Holzbaubereich Innovationen zu ermöglichen und Investitionen zu tätigen?
35. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung der Ausbildungszahlen im Zimmerei- und Holzbaubereich?
Wie hat sich dieser Ausbildungsmarkt seit 2003 entwickelt?
36. Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des demographischen Wandels konkreten Handlungsbedarf vor allem im ländlichen Raum, damit sich zukünftig ausreichend junge Leute für den Zimmerei- und Holzbaubereich als berufliche Perspektive entscheiden?
Wenn ja, welchen?
Wenn nein, warum nicht?
37. Welche Möglichkeiten der Weiterbildung im Zimmerei- und Holzbaubereich werden durch die Bundesregierung gefördert?
38. Wie schätzt die Bundesregierung das Fachkräftepotential für Holzbaubetriebe im ländlichen Raum ein?
39. Sind der Bundesregierung konkrete Programme bekannt, die gezielt auf die Gesundheitsprävention von Zimmerern zugeschnitten sind, und wenn ja, welche?
Fördert die Bundesregierung solche Programme?
40. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Bund Deutscher Zimmermeister im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes?
41. Inwieweit bindet die Bundesregierung Hochschulen, Architekten, Planer und Ingenieure in das Ziel der Charta für Holz ein, den Pro-Kopf-Verbrauch von Holz durch dessen Verwendung als Baustoff zu steigern?

Berlin, den 20. März 2013

Dr. Frank Walter Steinmeier und Fraktion